

**Magdalena Marsovszky**, Kulturwissenschaftlerin  
und Lehrbeauftragte in Fulda



## Ungarn ist jetzt eine Ethnokratie

Von Magdalena Marsovszky.

Seit 1. Januar 2011, dem Inkrafttreten der neuen Verfassung, genannt Grundgesetz, ist Ungarn keine Republik mehr, trotzdem der Begriff in einem etwas versteckten Passus vorkommt. Statt der Unantastbarkeit der menschlichen Würde als Ausdruck der universalen Menschenrechte und der pluralen Demokratie stehen jetzt die „Nation“ bzw. das „Nationale Glaubensbekenntnis“ in dessen Mittelpunkt. Schon die erste Zeile der Präambel, ein Zitat aus der ungarischen Hymne: „Gott, segne den Magyaren!“ zeigt: Jetzt wird die Mehrheit geschützt.

Das Grundgesetz symbolisiert zwar eine tiefe politische Zäsur, doch ihr Erscheinen war auf gar keinen Fall unerwartet. Die „national-kokservative Revolution“ oder mit Orbáns Worten „die Revolution in der Wahlkabine“ war kein Rechtsruck, sondern vielmehr ein seit Jahrzehnten andauernder langsamer Rechtsschub.

Das völkische Denken war bereits – in der Tradition der Vorkriegszeit – im Realsozialismus zu beobachten, nahm jedoch nach der Wende erneut deutlich zu. 2010 kulminierte diese Entwicklung schließlich in den Wahlsiegen der konsequent völkischen Parteien, des Fidesz und der KDNP einerseits und der Jobbik andererseits. Letztere steht sozusagen als Opposition der Opposition ideologisch auf der Seite der Regierung und übt einen beträchtlichen Druck auf die Regierung zur konsequenten Durchsetzung ihrer völkischen Politik aus.

In den Kategorien von links und rechts zu sprechen, ist in Bezug auf Ungarn missverständlich, denn der gesellschaftliche Bruch verläuft nicht entlang dieser Trennlinie, sondern entlang der völkischen und nicht-völkischen Kräften, wobei selbst ein großer Teil der Mitglieder der sozialistischen Partei MSZP oder der grün-ökologischen LMP völkisch denkt, nur weniger konsequent. Das völkische Denken infiltriert und zersplittert die Gesellschaft seit Jahrzehnten. Selbst die verschiedenen antifaschistischen Gruppierungen, die zum Teil einfach die Fortsetzungen deren realsozialistischer Vorgänger sind, argumentieren im Sinne von „Volksgemeinschaft statt Kapitalismus“ und vertreten mit ihrer antiimperialistischen, antizionistischen Haltung einen Antisemitismus von Links, was ihnen

jedoch nicht bewusst ist. Sowohl der Regierung als auch einem Großteil der Opposition gemeinsam ist die Abwehrhaltung dem „Kapital“ gegenüber, wobei das Kapital en bloc als das „raffende“ und „ausbeuterische“ aufgefasst wird. Auch diese Gemeinsamkeit ist ihnen nicht bewusst.

Der gemeinsame Nenner innerhalb der Opposition ist die negative Einstellung zur Regierung, aber nicht die Demokratie. Wie im Realsozialismus kämpft man zum großen Teil gegen die „unterdrückerische Macht“ und meint, einen Klassenkampf der Massen zu führen. Die Philosophin Ágnes Heller spricht ebenfalls von einem Klassenkampf im Sinne eines Bonapartismus.

Dabei geht die Regierung einen ethnonationalen Weg, bei dem das gesamte politische und kulturelle Leben – wie in Gramscis Kulturrevolutions-Theorie, aber eben völkisch – nach und nach eingenommen wird. Ungarn ist jetzt eine Ethnokratie: Die „national gesinnten wahren Magyaren“ beherrschen und unterdrücken diejenigen, die sie quasi als „nationale Atheisten“ und „Nicht-Wahre-Magyaren“ betrachten. Von einer totalen Gleichschaltung, d.h. von einem „totalen Nationalismus“ kann noch deshalb nicht geredet werden, weil es immerhin wenigstens im Internet-Zeitalter – dank des massiven Drucks seitens mancher EU-Behörden und internationaler Medien – Nischen für oppositionelle Aktivitäten gibt. Festgestellt werden muss jedoch auch, dass die oppositionellen Medien vor allem und beinahe nur die hauptstädtische, Budapester Bevölkerung erreichen. Der landesweite Informationsfluss ist also de facto nicht mehr gegeben.

Das Geschehen wird auch in der Opposition nicht in seiner Gesamtheit begriffen, wodurch die oppositionellen Aktivitäten nur punktuell helfen und deshalb auch keine Massen bewegende Zugkraft entwickeln können. Ursache und Wirkung werden vertauscht, es herrscht die Meinung vor, „Mafia-Strukturen“ würden das Land beherrschen. Selbst namhafte oppositionelle Kritiker und Intellektuelle sprechen vom „Filz-Land“, was zur Radikalisierung führe. Gesehen wird nicht, dass es vor allem das Ethnopolitisieren ist, das zum „Filz“ führt. Die Argumentation der Opposition wird von einem ökonomisti-

schen Reduktionismus beherrscht, was heißt, dass die gesellschaftlichen Vorgänge aus dem kulturellen Gesamtzusammenhang herausgegriffen und auf einen monopolkapitalistischen Machtkampf reduziert werden. Dies hängt damit zusammen, dass die Denkweise der Opposition in Ungarn noch immer von der marxistischen Orthodoxie beherrscht wird, in der die gegenwärtige Krise – auf den Spuren der dimitrowschen Faschismusdefinition – allein aus der Entwicklung des Kapitalismus oder einer besonderen Phase desselben erklärt wird.

Was heute in Ungarn mehrheitsfähig als revolutionär gilt, ist die „Erlösung der Nation“ durch die „völkische Mission“. Deshalb fühlt sich Viktor Orbán als „konservativer“ Revolutionär. Er meint, Europa würde, besonders nach der 1968er Kulturevolution, vom Marxismus beherrscht – wobei er nur die erwähnte Orthodoxie kennt, da er nämlich in derselben sozialisiert wurde.

Die allgemein vorherrschende ethnische Sichtweise, d.h. auch der Glaube an bestimmte, gut definierbare Ethnien oder „Volkgruppen“ führt dazu, dass auch der Kampf gegen bekannte Ausgrenzungsmuster den ethnischen Teufelskreis nicht durchbrechen kann. Es wird allgemein mit Wohlwollen aufgenommen, wenn Viktor Orbán deklariert, dass er „die Juden“ in Ungarn verteidigen wird. Auch die neue, von der Orbán-Regierung 2011 verabschiedete „Roma-Strategie“, an deren Spitze sich der neulich vom bundesdeutschen Präsidenten Gauck mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Superminister, Zoltán Balog, profiliert, wurde vom Europaparlament gelobt. Dabei wird ja das Problem der Ausgrenzung bei den Juden als „Judenschutz“ und bei den Roma als deklarierte „Zigeunerpolitik“ angepackt und nicht gesehen, dass auch diese Hilfe bei allem Wohlwollen nur punktuell sein kann. Dass dabei, oder gerade deshalb, Antisemitismus und Antiziganismus nicht eingedämmt, sondern sogar gefördert werden, ist in Ungarn allgemein nicht bewusst, auch nicht in der Opposition. Allein im Falle der Homophobie kommt der vorherrschende Rassismus deutlich und bewusst zu Tage. Die Völkischen meinen, „das Problem“ ebenfalls bei den „Schwulen“ anpacken zu müssen und vertre-

ten die Meinung, dass „Schwulsein“ als Krankheit wie das „Bettnässen“ heilbar sei – wie ein Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Professor Gábor Vida, vor einigen Jahren formulierte. Deshalb fühlt sich der Budapester Oberbürgermeister, István Tarlós, auch im Recht, wenn er immer wieder die „Schwulenparade“ in Budapest verbieten will.

Politische Propaganda funktioniert in Ungarn nicht durch Reflexion, sondern durch die Mobilisierung aggressiver Affekte gegen einen politischen Gegner oder Sündenbock. Kollektive Wahnvorstellungen, sehr wohl auch in der Opposition, führen zu solchen Kollektivierungstendenzen, in der die Ideale der Individualität wortwörtlich erdrückt werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn selbst die oppositionelle oder antifaschistische Kritik von Rassismen durchzogen ist. So kritisierte z.B. neulich die größte Oppositionspartei der Sozialisten, die MSZP, den Premier Orbán, er würde mit dem „Großkapital paktieren“. Noch vor einigen Monaten etwa versprach der Vorsitzende Attila Mesterházy, das „globale Kapital“ in die Verantwortung zu nehmen. In der demokratischen Opposition gibt es kaum Kräfte, die die Konzeption der ethnischen Kulturturnation dezidiert hinterfragen würden.

Während dessen wird die einzige Partei, die konsequent demokratisch und antifaschistisch denkt und deklariert die universalen Menschenrechte, die plurale Demokratie sowie die Idee der Republik hochhält, nämlich die kleine Partei Demokratische Koalition (DK) um den ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány herum, von den anderen Oppositionsparteien ausgegrenzt. Diese Ausgrenzung ist sogar antisemitisch konnotiert und äußerst hassbeladen. Gegen Gyurcsány gibt es in Ungarn nicht selten Lynchstimmung. Er sagte neulich in einem Interview, ihm sei bewusst, dass ihn die „Rechten am



FOTO: EUROPA PONT | Some rights reserved

**„Liebevoller Segregation“ nennt Superminister Zoltán Balog das Konzept für die ungarischen Roma.**

liebsten umbringen und die Linken deportieren möchten“. Er und die DK sind das kollektive Feindbild aller schlechthin. Dementsprechend sprach auch der Budapester Oberbürgermeister neulich darüber, dass die Mitglieder der Demokratischen Koalition „immer nur das Alte Testament“ lösen.

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass das kollektive Feindbild des „ewigen Juden“ in Ungarn langsam von der kleinen liberalen Partei der SZDSZ auf die neue Partei DK übertragen wird. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass die Liberalen seit etlichen Jahren einen „nationalen Turn“ durchmachen. Gegenwärtig ist zu beobachten, dass fast alle kleinen Oppositionsparteien von der doch durchwegs völkischen MSZP aufgesogen werden und ihre Ideale des freien Individuums aufgeben. Interessant ist dabei der Weg der großen Hoffnung der Opposition, Gordon Bajnai, Ministerpräsident der Minderheitenregierung der Sozialisten 2009-2010. Mit seiner bombastischen Rückkehr verkündete er am 23. Oktober 2012 die neuerliche „Regime-Wende“, gründete zusammen mit der Hoffnungsträgerin der Jugendbewegung, „Milla“ und einem Teil der grün-ökologischen LMP die Partei E2014 (Gemeinsam 2014) und kann sich heute kaum mehr vom völkischen Sog der Sozialisten losreißen. E2014s Beliebtheit ist deutlich gesunken, wohl deshalb, weil intuitiv gemerkt wird, dass auch diese Partei nichts Bahnbrechendes zu bieten hat.

Waren vor einigen Monaten die zahlenmäßigen Chancen der Opposition noch gegeben, die Orbán-Regierung abzulösen, sind sie heute nicht mehr da, selbst, wenn sie die Gegensätze beiseite legen könnten, wie dies von Endre Hann vom Median-Institut aufgedeckt wurde. Dazu muss erwähnt werden, dass das Wahlsystem von der Orbán-Regierung in dem Sinne geändert wurde, dass nur eine Partei mit einer absoluten Mehrheit die Wahlen gewinnen kann. Hat eine Partei aber nur eine einzige Stimme mehr als die anderen zusammen, hat sie bereits die Wahlen gewonnen. Deshalb führt für die Opposition kein Weg daran vorbei, sich in einer Großkoalition zusammenzuschließen.

Doch vorerst bekämpfen sich auch Oppositionelle untereinander mit Hilfe hysterisierter Feindbildkonstruktionen, so dass man auf den ersten Blick meinen könnte, das politische und kulturelle Leben ist ein einziges Chaos ohne innere Logik. Dabei sind, wie beschrieben, die völkische Sicht und die marxistische Orthodoxie (die ja ebenfalls nicht frei vom Völkischen ist) die Ursachen dafür, dass

die Gesellschaft den antidemokratischen Teufelskreis nicht durchbrechen kann.

Deshalb kommt es regelmäßig vor, dass auch in der Zivilsphäre progressive Aktivisten zusammen mit rechten Zivilgruppen gegen die „Machthaber“ demonstrieren oder dass in mancher Kommunalpolitik „in Sachfragen über ideologische Unterschiede hinweggeschaut“ wird. Das ist auch die Ursache für die Zusammenarbeit der grünen LMP mit Jobbik im Untersuchungsausschuss der „Vetternwirtschaft von Fidesz“, und das ist der Grund für das regelmäßige gemeinsame Auftreten von Milla mit der deklariert antisemitischen Motorraddivision „Goj Motorradfahrer“. Zur positiv gemeinten Kommunikation dient z.B. ein Bild von Gordon Bajnai, auf dem er beim Anpacken von Sandsäcken beim Hochwasser 2013 einen zufällig neben ihm auftauchenden Jobbik-Sympathisant anlächelt.

Es ist also nicht verwunderlich, dass in diesem völkischen Klima mit der Fidesz-KDNP Koalition 2010 die Völkischen die absolute Mehrheit erlangten und nun die diskursive Deutungshoheit haben. Jetzt kann die „völkische Mission“ umgesetzt werden. Die neue Verfassung, das neue Mediengesetz, die Maßnahmen in der Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik, die Judikative, die Exekutive – einfach das gesamte Handeln des Staates unterliegt heute völkisch-idealistischen Kategorien. Die Gewaltenteilung wird dadurch obsolet. Die neue Roma-„Integrationsstrategie“ schlägt sich in Ungarn als strukturell rassistische Sozialpolitik nieder, in der nicht nur Roma, sondern auch Arme und Obdachlose kriminalisiert und ausgegrenzt werden. Bisweilen scheint es, die ungarische Regierung kann Europa doch auf der Nase herumtanzen. So wie Superminister Balog vor Kurzem die „liebvolle Segregation“ für Roma in Aussicht gestellt hat, sprach in diesen Tagen der Parlamentspräsident László Kövér vom geplanten „nicht im negativen Sinne gemeinten Ermächtigungsgesetz“.

Quelle: [jungle-world.com/artikel/2013/40/48538.html](http://jungle-world.com/artikel/2013/40/48538.html)

**Magdalena Marsovszky** gebürtig aus Budapest/ Ungarn, ist Kulturwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte der Hochschule Fulda/University of Applied Sciences, Mitglied im Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus e.V. (<http://www.forschungsforum.net/user/107>) und Vorstandsmitglied der Bürgerrechtsbewegung für die Republik in Ungarn. Im Fokus ihrer Forschungen sind Antisemitismus und Antiziganismus in Ungarn, sowie die völkische, ethnonationalistische Ideologie.